

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstraße 33
Sprechstunden der Redaction:
Montags 10-12 Uhr.
Dienstags 4-6 Uhr.
Für die Abgabe einzelner Nummern
macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserte an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Filialen für Tag-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Gauls Hof, Katharinenstr. 18, u.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Reg.-Kaufz. 16,200.
Abonnementpreis viertel, 4/2, 8/2,
incl. Frangiraten 6 1/2, 12/2,
durch die Post bezogen 6 1/2.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 20 Pf.,
mit Postförderung 45 Pf.
Inserte 50 Pf. Beizelle 20 Pf.
Größere Schriften laut ansehnem
Preisverzeichniss. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsort
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung personamando
oder durch Postnachnahme.

No 277

Sonnabend den 4. October 1879.

73. Jahrgang.

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Den Abnehmern hiesiger Weinstuben wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Weinstuben für nächste Ostermesse bereits in gegenwärtiger Messe und zwar spätestens bis zum Schluß der Böttcherwoche, also bis zum 4. October d. J. bei Verlaß des Contractes an unsere Stadtkasse zu be-
zahlen, am 27. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Richter.

Bekanntmachung.

Die unterm 30. v. M. ausgeschriebene Lieferung von Maurerziegeln zu den städtischen Schloßbauten ist vergeben.
Die nicht berücksichtigten Bewerber werden ihrer bezüglichen Gebote hierdurch entlassen.
Leipzig, den 30. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Richter.

Die neue Parteigruppierung.

Mit einer Spärlichkeit ohne Gleichen liegen die Berichte über die Wahlergebnisse in Preußen; Grund genug, um mit Vorbehalt bei der Beurtheilung der Lage zu Werke zu gehen. Ein vollkommen zutreffendes und vollständiges Bild des Ausfalls der Wahlen wird sich erst entwerfen lassen, wenn die Wahlmänner ihre Arbeit gethan haben. Aus zu vielen, namentlich ländlichen, Wahlkreisen sind die Nachrichten noch so lückenhaft und unzusammenhängend, die Parteistellung der Wahlmänner ist noch so unsicher und schwankend, es werden noch so viele unberechenbare Umstände ihren Einfluß üben, daß man gut that, mit dem Urtheil über das Gesamtergebnis zurückzuhalten. Die Blätter der verschiedenen Parteien sind denn auch der Mehrzahl nach in ihren Wahlbetrachtungen noch recht vorsichtig. Am unbedenklichsten äußern noch die Blätter des Centrums ihre Freude, und sie haben auch Ursache dazu; die ultramontane Partei wird ohne Zweifel noch verstärkt im neuen preussischen Abgeordnetenhaus erscheinen und zwischen Liberalen und Conservativen die ausschlaggebende Stellung einnehmen. In den conservativen Blättern, aus deren Ton wir recht wohl auch auf die Stimmung in den preussischen Regierungskreisen schließen dürfen, ist eine gewisse Enttäuschung nicht zu verkennen. Es wird von vorseherischem Niemand daran gezweifelt haben, daß die conservativen Parteien wesentlich verstärkt in der neuen Volksvertretung erscheinen werden; die herrschende Stimmung verhängte ja von allem Anfang diesen Erfolg. Das aber ist doch von fern nicht erreicht worden, daß der gesammte Liberalismus vernichtet oder zur Ohnmacht demüthigt ist, wie die conservative Agitation gepredigt hatte. Er wird in die Minorität gebracht werden, aber er nimmt doch noch eine höchst ansehnliche und mächtige Stellung ein, und je mehr er in die Opposition wird gedrängt werden, um so klarer und beschämender wird es zu Tage treten, wie sehr die Regierung vom Centrum abhängig geworden, auf die Unterstützung des Ultramontanismus angewiesen ist. Die Konsequenzen dieses Verhältnisses werden sich bald zeigen. Die letzte Stütze, die der Reichskanzler so oft demüthigt, wird in dem neuen Abgeordnetenhaus weniger denn je vorhanden sein, wenn nicht die Regierung in allen Stücken den Forderungen des Centrums sich fügt. Die Conservativen und die Regierung haben keine Ursache zu triumphiren, selbst wenn auch noch ein paar Duzend ihrer Gesinnungsgenossen mehr, als es bis jetzt den Anschein hat, aus den ländlichen Wahlkreisen hervorgehen. Freilich auch im liberalen Lager herrscht kein Jubel; und es ist zu solchen gewiß kein Grund vorhanden, aber auch zur Verzweiflung nicht. Die Liberalen haben gegen übermächtige Stimmungen und Gewalten angelämpft, und wenn sie im harten Kampf manche schwere Einbuße erlitten, so haben sie doch mehr geteilt, als pessimistische Seelen vorher geglaubt hatten. Wenn einst die allconservative Partei von der Ungunst des leitenden Staatsmannes sozusagen weggeblasen worden, so hat es sich jetzt gezeigt, daß die liberale Sache doch fester im Boden wurzelt. Wenn unter der äußersten Ungunst der Verhältnisse die nationalliberale Partei noch so viel erreicht hat und behauptet hat, wie jetzt schon geschieht, so hat sie zum Kleinmuth keinen Anlaß. Mit Befriedigung und in hoffnungsvoller Stimmung kann man darum freilich dem Zusammentritt des neuen preussischen Abgeordnetenhauses nicht entgegensehen. Der Dunkelreis der allgemeinen Wirthschaft, Hoffnungslosigkeit und Unfruchtbarkeit, der seit längerer Zeit auf unserm politischen Leben lastet, wird durch die Arbeiten dieses Abgeordnetenhauses schwerlich aufgehellt und erfrischt werden.

Politische Uebersicht.

Die preussische Regierung hat einen neuen Versuch gemacht, auf die durch das gegenwärtige Parteigetriebe erregten Massen beschwichtigend einzuwirken. Der Telegraph hat bereits gestern in Kürze darüber berichtet. Die Rundgebung ist in der halbamtlichen „Provincial-Correspondenz“ erfolgt. Das Blatt ist in dieser Woche, wie durch die governementalen Blätter, sogar durch den „Staatsanzeiger“ bereits vor einigen Tagen vertheilt worden war, einen Tag später als gewöhnlich erschienen. Der Grund dieser Anordnung kann nur die Absicht gewesen sein, erst einen Ueberblick über den Ausfall der Wahlmännerwahlen haben zu wollen. Wer aber eine dementsprechende Betrachtung von dem halbamtlichen Organe erwartet hat, sieht sich getäuscht. Was die „Prov. Corr.“ heute schreibt, hätte sie ebenso gut schon vor Wochen schreiben können. Wir hören nichts, als die nun nachher reichlich abgemessenen Angriffe auf die Liberalen, angelehnt an einige liberale und widersinnige Schlagworte, mit denen die liberalen Parteien als solche, insbesondere die nationalliberale Partei, gar nicht zu thun haben. Ueber den Charakter des Wahlergebnisses verneint man kein Wort — ein Schweigen, welches beweist, daß man in Regierungskreisen über dies Resultat zum Mindesten nicht sehr erfreut ist. Eine Wirkung haben die Wahlen indes doch gehabt, die nämlich, daß die „Prov. Corr.“ zum ersten Male mit einem, wenn auch sehr fragmentarischen Regierungsprogramm hervortritt. Sich gegen die Befürchtung einer „freiheitsfeindlichen Reaction“ wendend, erklärt das halbamtliche Blatt, allerdings sei es der Regierung voller Ernst mit der Pflicht, die umfassende Gesetzgebung der letzten zehn Jahre vor dem wünschenswerthen weiteren Fortbau gründlich darauf zu prüfen, inwiefern sie sich im wirklichen Leben bewährt habe. „Diese Prüfung“, fährt es fort, „hat vornehmlich in Betreff der Reform der innern Verwaltung bereits in eingehender Weise stattgefunden und zu dem Ergebnisse geführt, daß die betreffenden Gesetze in der That vielfache Verbesserungen, sowohl in Betreff der Regelung der Zuständigkeit, wie in Bezug auf das Verfahren bedarf, daß jedoch keine Veranlassung vorliegt, an den Grundzügen der Reform zu ändern, daß es sich vielmehr empfiehlt, auf den bisherigen Grundlagen fortzubauen und gleichzeitig mit den durch das praktische Bedürfnis gebotenen Verbesserungen im Einzelnen auch die weitere Ausdehnung der Gesamtreform in Angriff zu nehmen. Von einem Aufgeben der Reform und der bisher leitenden Grundzüge ist daher keine Rede.“ Das sind Worte, gegen welche sich gewiß Nichts einwenden läßt. Es wird nur auf ihre Auslegung ankommen. So, wie sie dastehen, schließen sie die Möglichkeit einer Verständigung nicht aus. Besonders bemerkenswerth ist ein Exkurs des Blattes über die Verhandlungen mit der Curie. Wir geben die betreffende Stelle hier vollständig wieder, da der Inhalt derselben noch oft in die politische Discussion gezogen werden dürfte. „Vor Allem aber hat die liberale Agitation in den letzten Wochen die schwebenden Verhandlungen zwischen der Regierung und der römischen Curie zur Erregung von Besorgnissen ausbeutet und verurtheilt. Das berühmte Wort des Kanzlers von dem Gange nach Canossa wird in leichtfertiger Weise gegen ihn gewandt. Bei den betreffenden Verhandlungen vergißt man, daß der Anspruch des Kanzlers nicht etwa eine rednerische Wendung, sondern der Ausdruck einer seit Jahren gereiften Ueberzeugung war. — man vergißt, daß Fürst Bismarck schon in den ersten vorbereitenden Stadien des vatikanischen Concils in Verhandlungen und Warnungen nach Rom die grundsätzliche maßgebende Stellung der preussischen Kirchenpolitik feststellte, daß er gleich nach dem Concil die Bischöfen gegenüber diesen staatlichen Standpunkt

Bekanntmachung.

Das 13. und 14. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen sind bei uns eingegangen und werden bis zum 29. dieses Monats auf dem Rathhause für die Einsichtnahme öffentlich ausbilden.

- Dieselben enthalten:
- Nr. 91. Verordnung, das Landgendarmerecorps betreffend; vom 13. September 1879.
 - 92. Bekanntmachung, die Bornahme einer Ergänzungswahl für die II. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 18. September 1879.
 - 93. Verordnung zu Ausführung des Gesetzes, das Verfahren in Verwaltungsstrafsachen betreffend, vom 8. März 1879; vom 15. September 1879.
 - 94. Bekanntmachung, die Bestellung eines anderweitigen Wahlcommissars für den 24. städtischen Wahlkreis betreffend; vom 28. September 1879.
 - 95. Verordnung, die Competenz in Wege- und Straßenpolizeistrafsachen betreffend; vom 28. September 1879.
 - 96. Verordnung, den Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes vom 28. Februar 1878 wegen der Studirenden auf der Universität Leipzig betreffend; vom 28. September 1879.
- Leipzig, den 2. October 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Richter.

Bekanntmachung.

Wegen größerer Umstellungen muß die Universitäts-Bibliothek Montag und Dienstag (den 6. und 7. October) geschlossen bleiben.
Leipzig, den 3. October 1879.
Dr. Rechl.

tion zu lähmen. Die Regierung hat mit der That erwiesen, daß ihr das Gemeinwohl nicht bloß hoch über den Sonder-Interessen steht, sondern auch hoch über den Partei-Interessen steht. Auch im bevorstehenden Landtage wünscht sie, wie neulich ausgesprochen worden, wichtige Maßregeln für das Gemeinwohl zur Durchführung zu bringen. „Wohlan denn, wägen die Wahlmänner der Regierung bei der Lösung ihrer schwierigen Aufgaben zur Seite stehen, indem sie in den Landtag nicht müthige und misstrauische Tölpel und Kritiker, sondern ernste und gewissenhafte aber zum Vertrauen und zu fruchtbringender Mitarbeit willige Helfer entsenden.“

Bemerkenswerth aber ist, daß die „Prov. Corr.“ die Besorgnisse, welche in Bezug auf die preussische Unterrichtsverwaltung gehegt werden, mit Schweigen übergeht. Von dem Ganzen können wir immer nur wieder sagen: die Frage, um welche es sich handelt, wird falsch gestellt. Fürst Bismarck ist bei den Wahlen zunächst gar nicht im Spiel. Es gilt, eine offen auf die Reaction ausgehende liberal-conservative Majorität zu verthäten. Alles Andere wird sich finden.

Die bevorstehende Session des preussischen Landtages wird zu sehr interessanten, aber sicherlich hoch erregten Debatten Veranlassung geben. Ueber den Gang der parlamentarischen Campaigne äußert sich ein Correspondent der „M. Z.“ wie folgt:

„Ueber die hauptsächlichsten Vorlagen, welche an den Landtag gelangen sollen, hat man sich im Staatsministerium noch endgültig schlüssig zu machen, in dessen wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß man sich im Großen und Ganzen darüber in der neulich stattgefundenen vertraulichen Besprechung bei dem Fürsten Bismarck geeinigt hat. Sofort nach der Confirmation des Abgeordnetenhauses wird der Finanzminister demselben den Staatshaushalt vorlegen. Seit der Rückkehr des Ministers sind denn auch die letzten Bestimmungen über die Aufstellung des Etats noch getroffen worden. Das Ordinarium wird nicht erheblich von der vorjährigen Aufstellung ab und im Extraordinarium hat man sich auf das Allernothwendigste beschränkt. In Regierungskreisen nimmt man an, daß die Staatsdebatten sich diesmal schneller abwickeln möchten. Man scheint dabei von der Erwartung auszugehen, daß sich das Centrum der bisherigen Zeit, die Verhandlungen durch einflußreiche Reden auszeichnen, enthalten wird. Worauf sich diese Erwartung stützt, ist nicht abzusehen, es sei denn, daß man sich bei Zeiten entschließt, mitzutheilen, welche Concessionen die deutsche Regierung durch die Verhandlungen mit der römischen Curie zu machen bereit gewesen ist.“

Die Socialdemokratie ist wieder in lebhafter Bewegung. Es handelt sich, wie es scheint, jetzt darum, die Propaganda zu centralisiren und dadurch die Partei wieder „schloßfertiger“ zu machen. So wird der Berliner „Tribüne“ geschrieben:

„Wohl couvertirt, äußerlich nicht erkennlich, ist den Anhängern der deutschen Socialdemokratie heute (den 2. October) durch die Post die erste Nummer des „officiellen Centralorgans der Socialdemokratie deutscher Sprache“ aus Zürich zugesandt worden. In einer Ansprache an die „Partiengenossen“ wird dargelegt, daß die Socialdemokratie der Presse nicht entrathen kann, um die Verbindung aller Genossen zu ermöglichen, wodurch allein in der Partei volle Einheit und Klarheit geschaffen und erhalten werden kann und die stetige Erregung der Actionsfähigkeit der Partei gewährleistet wird.“ Als vollständiger und schlagender Beweis dafür, daß die Haupter der deutschen Socialdemokratie in vollem Einverständnis sind und ihre Unterthänigkeit zugesagt haben, wird hervorgehoben, daß in der nächsten Nummer des Blattes ein „Wort“ der deutschen socialistischen Reichstagsabgeordneten an ihre Genossen und Wähler veröffentlicht werden wird, in welchem ein ausführlicher Rechenschaftsbericht der Abgeordneten über ihre parlamentarische Thätigkeit und besonders ihr Wirken während der letzten überaus schwierigen Zeit, sowie ihre Meinung über die Lage und deren Erdoberfläche: nieder-